

# Der Gesellschaftler

## Nationalsozialistische Tageszeitung

### für Stadt und N.A.-Bezirk Nagold

### Alleiniges amtliches Anzeigebblatt

Mit den Beilagen: Der SA-Mann  
Deutsche Frau - Sonntag- und Jugend-  
beilage - Bauernmacht - Bilderdienst



Telegramm-Adresse: Gesellschaftler Nagold  
Fernsprecher SA 429 - Marktstraße 14  
Gegründet 1827

Anzeigenpreise: 1spaltige Tages-Zeile oder deren  
Raum 20 J., Familien-Anzeigen 15 J., Anzeigenzeile  
60 J., Sammel-Anzeigen 50% Nachschlag. Für das  
Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Ausgaben und  
an besonderen Plätzen, wie für telephon. Aufträge und  
Chiffre-Anzeigen wird keine Gebühr übernommen

Bezugspreise: In der Stadt bzw. durch Agenten  
monatlich RM. 1.50, durch die Post monatlich RM. 1.40  
jährlich 16 J. Zustellgebühr. Einzelnummer 10 J.  
In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch  
auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Be-  
zugspreises. - Postfach-Konto Stuttgart 5113

Verantwortl. Hauptgeschäftsführer: Karl Dierbach; Chef vom Dienst: W. Gerlach; Lokales: Hermann Eßig

Verlag: Hochburg-Verlag G.m.b.H.; Druck: G. W. Zeiser (Jah. Karl Zeiser), sämtliche in Nagold

## Todesstrafe für Saboteure

### Die Geheimkonferenz bei Göring

Berlin.

Im Laufe des Samstag fand nach Rückkehr des Reichspräsidenten Göring und des Staatssekretärs Brüning, die in Rom von dort nach Berlin, ein preussischer Ministerrat statt, der sich mit neuen, sehr scharfen Maßnahmen und Weisungen auf dem Gebiet des Rechtsfriedens in Preußen beschäftigte. Zu gleicher Zeit sind einberufen worden: sämtliche Polizeipräsidenten Preußens, sämtliche Generalstaatsanwälte und sämtliche Oberlandesgerichtspräsidenten, dazu die Leiter der Geheimen Staatspolizeistellen ganz Preußens, der Stadtschef der SA und SS, preussischer Staatsrat Röhmer. Ferner sind sämtliche SA- und SS-Obergruppenführer und Gruppenführer Preußens für morgen nachmittag nach Berlin geladen. Ministerpräsident Göring wird vor diesen Gruppen seine neuen Pläne erläutern, und es ist zu erwarten, daß sich an den Erlaß der neuen Gesetze und Verordnungen weitgehende Maßnahmen im Laufe des morgigen Tages knüpfen.

Wie wir hierzu erfahren, hat Ministerpräsident Göring die Entwicklung der letzten Monate bezüglich des Aufbaus des Staates in absoluter Rechtsfriedenssicherheit und absolutem Rechtsfrieden beobachtet und die die Notwendigkeit gemacht, daß Maßnahmen notwendig sind, um für die Zukunft diese Rechtsfriedenssicherheit und diesen Rechtsfrieden für alle Zeit zu sichern. Der Schuß der Kämpfer der nationalen Revolution soll unter allen Umständen sichergestellt werden. Deshalb haben alle Staatsanwaltschaften und Gerichte Preußens seit Tagen eine erhöhte Tätigkeit aufzuweisen. Zum Beispiel ist der Kommunist, der vor zwei Tagen in Düsseldorf einen Jungen im Gerichtssaal überfiel und niederschlug, schon am Samstag abgeurteilt worden, nachdem tags zuvor Anklage erhoben worden war. Der Kommunist wurde zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt, weil die Verletzungen des Verletzten verhältnismäßig gering waren. Der Staatsanwalt hatte fünf Jahre Zuchthaus beantragt. Die vor einigen Tagen in Kinteln an der Weser vorgekommene Strafsache fand bereits am Freitag unter Anklage und am Samstag wurde das Urteil gesprochen. Die Rechtsfriedenssicherheit und der Schuß der Rechtsgüter des Staates soll durch derartig schnelle Verhandlungen unter allen Umständen gewährleistet werden. Es sind sowohl gesetzliche, als auch andere Maßnahmen geplant, denen Ministerpräsident Göring ganz besondere Bedeutung beilegt. Das geht schon daraus hervor, daß er sämtliche Führer der Verbände der nationalsozialistischen Revolution nach Berlin geladen hat. Durch erhöhte Schnelljustiz und auch erhöhte Milderheit insbesondere des Geheimen Staatspolizeiamtes soll dafür gesorgt werden, daß auch nicht die geringste Bewegung gegen die Kämpfer der nationalsozialistischen Revolution und gegen den neuen Staat mehr möglich ist. Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß künftig in vermehrtem Umfang bei Saboteure der Arbeit der nationalen Regierung die Todesstrafe verhängt wird.

## Hitler dankt Wehrkreispfarrer Müller

München.

Der Reichskanzler hat an Wehrkreispfarrer Müller folgendes Schreiben gerichtet:  
München-Deutschesgaden, 19. Juli 1933.  
Lieber Herr Pfarrer!  
Sum glücklichen Abschluß des größten Reform- und Einheitswerkes der

Evangelischen Kirche möchte ich Ihnen wärmstens danken. Nicht nur, daß Sie schon seit vielen Jahren für dieses Werk der Herstellung einer einzigen Reichskirche eingetreten sind, haben Sie als mein Vertrauensmann Außerordentliches für die Verwirklichung dieser großen Idee geleistet. Ihnen und den Deutschen Christen wird die Geschichte einmal das Zeugnis ausstellen, eine der erhablichsten Taten der religiösen Weltgeschichte des Lebens unseres Volkes gewollt, gefordert und am Ende vollbracht zu haben. Ich möchte daher Ihnen und den Deutschen Christen danken und Sie auch für alle Zukunft meines besonderen Vertrauens versichern.

Mit deutschem Gruß!  
(In.) Adolf Hitler.

## Nationalsozialismus bezwingt Arbeitslosigkeit

### Stark verbesserte Arbeitsmarktlage im ganzen Reich.

Berlin.

Nach der Entwicklung in den letzten Jahren klappte Ende Juni die absteigende Bewegung der Arbeitslosigkeit vorübergehend. Die Aufnahmefähigkeit der Arbeitskräfte erreichte zu dieser Zeit eine vorläufige Höchstgrenze. Zum Teil pflegen bereits im Juli wieder Arbeitskräfte freigestellt zu werden. So ist in der ersten Julihälfte 1933 die Zahl der Arbeitslosen bereits wieder um rund 16.500 gesunken.

Im Gegensatz hierzu hat in der ersten Julihälfte d. J. der Rückgang der Arbeitslosigkeit fortgesetzt. In-

gesamt ist von Ende Juni bis Mitte Juli die Zahl der bei den Arbeitsämtern gemeldeten Arbeitslosen um weitere 29.000 auf 4.828.000 zurückgegangen.

Dabei ist zu beachten, daß durch die Sonderaktion für die Angehörigen der nationalen Wehrverbände rund 11.000 Arbeitnehmer in dieser Zeit erstmalig bei den Arbeitsämtern neu gemeldet. Unter Berücksichtigung dieses Neuzuganges aus dem Kreise der sogenannten ungeschützten Arbeitslosen ist in den Kreis der von der Statistik erfaßten Arbeitslosigkeit einzulassen, daß in der ersten Julihälfte rund 40.000 Arbeitslose wieder in die Wirtschaft eingegliedert worden sind.

Ganz allgemein ist zu beobachten, daß in zunehmendem Maße Arbeitslose sich jetzt bei den Arbeitsämtern melden, die bisher den Vermittlungseinrichtungen der Reichsanstalten fern blieben. Dafür spricht auch die Tatsache, daß die Statistik erfaßte Abnahme der Zahl der Arbeitslosen (minus 29.000) lediglich den Rückgang der Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung (minus 10.000 auf 466.000) und der Arbeitslosenversicherung (minus 19.000 auf 1.291.000) darstellt, während über aus dem Kreise der Arbeitslosenversicherung Rückgänge im größeren Umfang tatsächlich festzustellen sind.

In den einzelnen Landesarbeitsämtern wurden im Juli d. J. nach folgende Bestände der bei den Arbeitsämtern gemeldeten Arbeitslosen festgestellt: Thüringen 72.000 (winterlicher Höchststand 123.000), Sachsen 362.000 (488.000), Brandenburg 751.000 (889.000), Pommern 85.000 (143.000), Nordmark 340.000 (387.000), Niederrhein 390.000 (350.000), Westfalen 387.000 (485.000), Rheinland 661.000 (745.000), Hessen 278.000 (323.000), Mitteldeutschland 283.000 (318.000), Sachsen 392.000 (721.000), Bayern 394.000 (522.000), Südwestdeutschland 251.000 (318.000).

Es ergibt sich hieraus nicht nur für die vorwiegend landwirtschaftlichen Bezirke, sondern auch für die Bezirke mit mehr industriellen Charakter, wie Westfalen, Rheinland und Sachsen eine sehr bemerkliche Besserung der Arbeitsmarktlage, die auf einen konstanten Aufschwung hindeutet.

## Sagt 5 Millionen für die Opfer der Arbeit

In die Hände an dem ersten Feiertag der nationalen Arbeit fiel die erschütternde Kunde von dem Bergmanns- und Reichskanzler Adolf Hitler rief damals zur Errichtung einer Stiftung für die Opfer der Arbeit auf, an dem in Zukunft die Hinterbliebenen aller deutschen Arbeiter, die in ihrem Beruf tödlich verunglückt sind, unterstützt werden sollen. Es darf nicht mehr vorkommen, daß in Zukunft deutsche Opfer der Arbeit auf die Leistungen der öffentlichen Fürsorge angewiesen sind. Es ist vielmehr eine Ehrenpflicht aller Deutschen, insbesondere aber der Begünstigten unter ihnen, hier ihr Bestes und Möglichstes zu tun. So hieß es in diesem Aufruf.

Der Wiberhall war unachener. Hunderttausende von Deutschen aus allen Ecken des Reiches und aus dem Ausland, reich und arm, alt und jung, beteiligten sich freudig an der Spende, um den Witwen und Waisen zu helfen. Schulkinder sammelten ihre Spargroschen, Vereine erhoben Umlagen, und endlich viele opfereten einen Teil ihres oft spärlichen Einkommens. Tausende von arbeitslosen Spenden von leichten einzelner Unternehmen (so 50.000 Reichsmark der Reichsbank und 55.000 Reichsmark des Salvvereins) gingen ein. Die Arbeitsfront leistete 100.000 Reichsmark, die Besamenschaft 150.000 Reichsmark. Die größten Spenden kamen aus der Industrie. Es sind dies je 1 Million des Maschinenbauers in Essen und der Nord-Westlichen Eisen- und Stahl-Gruppe. Der Deutsche Fußballverband veranstaltete zugunsten der Stiftung die Meisterschaft am „Adolf-Hitler-Pokal“, deren entscheidender Kampf am Sonntag im Stadion stattfand.

Die Summe der Spenden hat jetzt fast die Grenze von 5 Millionen Reichsmark erreicht.

Alle Schichten des deutschen Volkes haben das mit schon ein bewunderungswürdiges Zeugnis der wiedererwarteten sozialen Verbundenheit des deutschen Volkes abgelegt.

Unter dem Eindruck dieses Wiberhalls hat Reichskanzler Adolf Hitler sich jetzt bereit erklärt, als Anerkennung für die in den Spenden zum Ausdruck gebrachte soziale Gesinnung sein neues Bild zur Verfügung zu stellen mit einem besonders von ihm selbst hantierenden und geschriebenen Denkmal:

„Für jeden der fällt, 10.000 die helfen.“

Mit diesem schönen Spruch weiß der Reichskanzler nochmals auf einen dem Hilfswort zugrunde liegenden großen Gedanken der Volksgemeinschaft hin. Das Bild wird denjenigen Spendern überreicht, deren Gabe, ohne daß es irgendwie auf die Höhe des Betragtes ankommt, eine opferbereite Betätigung der Gemeinschaftsgesinnung darstellt.

Wer für die Hinterbliebenen der tödlich verunglückten Arbeiter noch nichts gegeben hat, reihe sich bald unter die Spendenden ein, da das Kapital der Stiftung im Hinblick auf ihren hohen sozialen Zweck nicht hoch genug sein kann.

Zahlungen für die Stiftung der Opfer der Arbeit erfolgen durch alle Banken oder Postfachkonten (Postfach-Konto Nr. 120), an die Reichskreditkassenschatz Berlin oder an die Reichsbank und durch den Verlag dieser Zeitung.

### Wer darf das Brauenhemd tragen?

München. Die Reichspressestelle der NSDAP teilt mit: Die heutige NSDAP enthält eine Bekanntgabe des Stellvertreters des Führers, Rudolf Heß, über die Berechtigung zum Tragen des Brauenhemdes.

Danach darf das Brauenhemd nur von Angehörigen der SA, SS, und von Parteimitgliedern getragen werden, die ihre Aufnahmeerklärung vor dem 30. Januar 1933 abgeben und endlich von solchen nach dem 30. Januar 1933 eingetragenen Personen, die im Besitz eines besonderen Ausweises sind.

## Das Neueste in Kürze

Das Deutsche Turnfest in Stuttgart war letzten außerordentlich stark besucht. Am Reichstag fand ein Trachtenumzug statt und anschließend daran erfolgte die Weihe der neuen Adolf-Hitler-Kampfbahn durch den Reichsstatthalter Rurr, Ministerpräsident Bergenthalet und Vg. Oberbürgermeister Strölin.

Die vom Führer ins Leben gerufene „Ehrung für die Opfer der Arbeit“ hat bisher 5 Millionen Reichsmark erbracht.

Der preussische Ministerpräsident Göring hat einen Erlaß herausgegeben, wonach jeder, der sich an einem SA- oder SS-Mann vergreift, die härtesten Strafen, und zwar auch die Todesstrafe, zu erwarten hat.

Das preussische Staatsministerium hat der Reichsregierung den Entwurf eines Reichsgesetzes zur Bewahrung des Rechtsfriedens überreicht.

Der Vorstoß über das Konordat zwischen dem Heiligen Stuhl und dem Deutschen Reich liegt jetzt vor.

Aus dem ganzen Reich liegen Meldungen über eine starke Abnahme der Arbeitslosigkeit vor.

Herbertson, der Präsident der Abrüstungskonferenz, hatte am Samstag in Paris mit Paul Boncour eine Besprechung. Er ist nach am Nachmittag nach London weiter gefahren.

Das Kölner Schwurgericht verurteilte sechs wegen Erschleichung der SA-Männer Würzburg und Spangenberg angeklagte Kommunisten zum Tode.

## Der Kanzler tut den ersten Spatenstich

Der „Völkische Beobachter“ berichtet ausführlich über die geplanten Reichsautobahnen und teilt mit, daß nach Festlegung der Linienführung die erste Teilstrecke Wiesbaden - Mainz - Frankfurt - Mannheim - Heidelberg sein wird und mit der Vergebung der Arbeiten bereits begonnen worden ist. In etwa acht Wochen werde der erste feierliche Spatenstich erfolgen, den aller Voraussicht nach Reichskanzler Adolf Hitler selbst vornehmen wird. Vertreter der Reichs- und Landesbehörden sowie zahlreiche Ehrengäste sind zu diesen feierlichen Akt eingeladen worden.

Durch den Bau der ersten 100 Kilometer langen Teilstrecke erhalten 13.000 Volksgenossen Arbeit und Brot. Die erste Teilstrecke soll im September nächsten Jahres fertiggestellt sein. Den Teilnehmern an dem zur Zeit in München tagenden internationalen Kongress für Autobahnen soll sie als Musteranlage vorgeführt werden. Es sollen völlig neue Ideen in die Tat umgesetzt werden. Das wichtigste ist die Teilung des Fahrstrahms in Doppelbahnen. In der Mitte zwischen den beiden Bahnen soll ein breiter Grasstreifen belassen werden, der mit Querbäumen bepflanzt wird, die kaskadenartig wirken und das Meckende Scheinwerferlicht entgegenkommender Wagen abfangen und veräusern. Außerdem soll auf den Autobahnen Spurzsysteme vorgelesen, und zwar drei Spuren, so daß jeder Wagen die ihm zugewiesene Spur einhalten muß. An den Seiten sollen die Autobahnen ebenfalls mit Heckenanlagen versehen werden, die wirklichen Schutz beim Abrutschen bieten. Bei Streden, die durch den Wald führen, sollen die einzelnen Bahnen etwa 50 Meter breit voneinander geführt werden, um das Rotorengeräusch entgegenkommender Wagen zu dämpfen.

### Hitler bleibt Ehrenbürger

Jansbrunn. Bekanntlich ist die erste Gemeinde Tirzels, die den deutschen Reichskanzler Hitler zum Ehrenbürger ernannte, der Industriekort Ramfack im Unterinn-Tal. Nunmehr haben die der Heimwehr und der Sozialdemokratischen Partei angehörenden Gemeinderäte die Einberufung einer Sitzung des Gemeinderates verlangt, in der die Ernennung Hitlers zum Ehrenbürger annulliert werden sollte. Diese Sitzung wurde am Freitag abend abgehalten. Bei Bes-

ginn stellte der Bürgermeister die Vertrauensfrage. Das Vertrauen wurde ihm mit 19 Stimmen, also einstimmig ausgesprochen.

M.Mann erschossen aufgefunden

München. Sonntag früh wurde in der Nähe des Unspannerkes Karlsfeld bei München ein M.Mann von Oberlesing erschossen aufgefunden.

Admiral v. Schröder gestorben

Berlin. Der kaiserliche Admiral a. D. Ludwig v. Schröder ist Sonntag früh um 5 Uhr im Alter von 79 Jahren an den Folgen eines Herbleidens gestorben.

Der Verstorbenen trat 1871 in die deutsche Marine ein und war hauptsächlich im Geschwaderdienst tätig. Von 1911/12 war er Marinestationsschef in Kiel.

Bei Kriegsausbruch wurde Admiral v. Schröder wieder eingeeilt. Er organisierte das Marinekorps, das fast vier Jahre hindurch in Flandern am äußersten rechten Flügel der deutschen Front die Wacht hielt.

Der Hauptangeklagte im Kopfa-Prozess verübt Selbstmord

Hamburg. Einer der Hauptangeklagten in dem Sondergerichtsprozess wegen der Ermordung des Polizeiwachmannes Kopfa, Hugo Gedderken, gegen den am Freitag der Staatsanwalt wegen Anstiftung zum Mord die Todesstrafe beantragte, hat in der Nacht zum Samstag Selbstmord verübt.

Landnachrichten

Der deutsche Grenz bei den Krankenkassen

Stuttgart. Der Reichskommissar für die Krankenkassen Württembergs, Regierungsrat Dr. Müller, hat folgende Anordnung getroffen: Die Bekanntmachung des Staatsministeriums über die Einführung des Hitlergesetzes vom 19. Juli 1933, Staatsanzeiger Nr. 165, gilt nicht nur für die Staatsverwaltung, sondern auch für die Körperschaftsverwaltung im weiteren Sinne.

Bereinigung im Landwirtschaftlichen Hauptverband

Stuttgart. In der am Freitag, dem 21. Juli, in Stuttgart tagenden Vorstand- und Landesratsversammlung des Landes Hauptverbands und der anschließenden Mitgliedserversammlung wurde die Überführung in die „Landesbauernschaft Württemberg und Hohenzollern“ einstimmig beschlossen.

Frankreichs wenn und aber ...

Die Besprechungen Henderfons in Paris

Paris. Der Präsident der Abrüstungskonferenz Henderfon, der in Paris eingetroffen war, hatte in den Vormittagsstunden eine Besprechung mit Paul-Boncour.

Ueber die französische Auffassung zum Stand der Abrüstungsfrage nach den verschiedenen Besprechungen Henderfons gibt eine Gaus-Anfassung Aufschluss, in der es heißt: Dant der Mitteilungen Henderfons hat Paul-Boncour die verschiedenen Informationen bekräftigt gefunden, die er über die Anschauungen der Regierungen, die Henderfon besucht, schon vorher gewonnen hatte.

Schaffen. Die Satzungsänderungen wurden einstimmig angenommen. Als neuer Vorstand wurde Landesbauernführer Arnold einstimmig gewählt; seine Stellvertreter sind: Bauernhofbesitzer Schüle (Wolfenbrück) und Bauernhofbesitzer und Bürgermeister Kohler (Zalheim).

Prof. Schmitthener bleibt in Stuttgart

Stuttgart. Dem Bemühen des Kultministers Professor Regenthafer ist es gelungen, Prof. Dr.-Ing. Schmitthener, den Reichsleiter der Fachgruppe für Bildende Kunst im „Kampfbund für Deutsche Kultur“ in Stuttgart zu halten und seine Berufung nach Berlin abzuwehren.

Milchpreisverhandlungen

Stuttgart. Aus dem Büro des württembergischen Staatskommissars für Landwirtschaft erfahren wir: Die für die Milch- und Käse-Verkaufsvorgänge im Bereich des Reichs-Verkaufsbereiches für das Weichkäse-Verkaufsbereiches finden am Mittwoch, dem 26. Juli, nachmittags 2.30 Uhr, im „Haus der Landwirtschaft“ in Rempten i. A. statt.

Da in Ueberstimmigkeit mit dem Reichskommissar für die Allgäuer Butter- und Käsebesitz das Ziel verfolgt wird, einheitliche Verhältnisse für das gesamte Weichkäsegebiet in Bayern und Württemberg herzustellen, werden auch diese Preisverhandlungen haben familiäre Beziehungen.

Trichinen in einem Wildschwein

Tübingen. Am Freitag schoss Förster Zehner im Schachtal ein Wildschwein. Bei der durch Fleischbeschaueur Spitzer, hier, vorgenommenen Fleisch- und Trichinensuchen wurden zahlreiche frisch eingewanderte Trichinen gefunden.

Kleine Ursache - große Wirkung

Neusta. Die kleine Wunde rasch alte Ernst des Schreinermeisters Josef Dreher verlor sich vor 14 Tagen an einem Rechenjahr.

heute, betrachtete man den Fall als erledigt. Vor zwei Tagen hatten sich dann Schmerzen und Startrampf ein, an deren Folgen der Junge gestorben ist.

Wangen i. A. In Schutzhaft genommen wurde auf die Dauer von einem Tag Maximilian Ventele von Buch, Gemeinde Göttslohofen, wegen Beleidigungen der nationalen Regierung und des Reichsleiters Hitler.

6 Jahre Gefängnis für den jüd. Bankier Meyer

Heilbronn. Im Prozeß gegen den Bankier Walter Meyer beantragte der Staatsanwalt acht Jahre Gefängnis und wegen der eitelsten Gefinnung des Angeklagten Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von fünf Jahren.

Aus Stadt und Land

Nagold, den 24. Juli 1933. Zumer umgibt uns ein Lieberling des Schönen.

Dienstnachrichten. Der Herr Reichshaltler hat eine Lehrstelle an der evangelischen Volksschule in Nagold dem Hauptlehrer Kempf in Eigenhausen O.A. Nagold übertragen.

Vom Schwimmbad. Am 23. Juli: Wasser: 20° C. Luft: 23° C. Besucherzahl: 885

Wochenrückschau. Hochsommertage legen hinter uns, von Gemüthlichkeit übertraden, die Felder mahnen der Reife und der Ernte entgegen und überall wird bald die schöne Sitte der feierlichen Einholung des ersten geschmückten Erntewagens begangen.

Ergebnis der Kirchengemeinderatswahl in Nagold

Table with 2 columns: Name and Votes. Total 724 votes. Winners: Maier (627), Hezer (614), Baish (608), Gauß (594), Reichert (579), Bauer (555), Müller (495), Heppeler (465), Bobamer (422).

GA.-Reserve

Eine stattliche Anzahl Nagolder GA.-Kommanden versammelten sich am Freitag bei Pa. He.

Neue Wein- u. Mostfässer und Hühnerholz, halbtrocken. 25, 30, 35, 40, 45, 50, 55, 60, 65, 70, 75, 80, 85, 90, 95, 100, 105, 110, 115, 120, 125, 130, 135, 140, 145, 150.

durch den Familienverbrauch verursacht worden. Gegen den Angeklagten wurde geltend gemacht die lange Dauer der strafbaren Handlungen und der große Schaden, den er unter Vernichtung einzelner Existenzen verursacht hat.

Neue Zellungen in der Industrie

Schwaberg. Die Möbelfabriken Herbrand, Hofler & Sohn, Schwaberg und Dammersheim bei Karlsruhe in Baden, teilen mit, daß seit März d. J. bis jetzt in ihrem Werk Schwaberg 100 Arbeiter neu eingestellt worden sind.

Schwennigen a. N. Der hiesige Stadtvorstand, Oberbürgermeister Dr. Gönnewein, ist mit dem 20. Juli in die lebenslängliche Stellung als Stadtvorstand eingetried.

Zehn Bürgermeister im Oberamt Tettmang entlassen

Tettmang. Wie die „Oberhessische Volkszeitung“ erfährt, sind im Oberamtsbezirk Tettmang 10 Ortsvorsteher einschließlich des bereits beurlaubten ihres Dienstes entlassen bzw. in den Ruhestand versetzt worden.

Großfeuer in einer Büstenfabrik

Erlangen. In der Büstenfabrik Kränlein brach am Freitag nachmittag in der Gesso-Isolierfabrik ein Brand aus. Das Feuer entzündete an einer Fräsmaschine. Innerhalb 10 Minuten stand das ganze obere Stockwerk der Fabrik in Flammen.

Einweihung des Stahlhelms und Verpflichtungsabend

Am Freitagabend versammelten sich die Ortsgruppen Nagold, Minderbach und Oberaltheim des Stahlhelms, der Vaterland, die Scharenkinder und eine SA-Abordnung im Stahlhelmsaal zu dessen Weize und zur Verpflichtung seiner Mitglieder.

Einweihung des Stahlhelms und Verpflichtungsabend

Nach dem feierlichen Akt der Vereidigung erlangte das Lied: „Ich hab mich ergeben.“ Kamerad Raatzke wies auf den Ehrentag hin und darauf, daß sich jeder des Treuebekenntnisses zum Bund bewußt sein soll.

Vom Kinderkin

Man muß schon sagen, die jungen Leiter des „Hilmpalastes“ wissen, was sie gehört.

Der erste Weltkrieg war ein großes Abenteuer, das wir am Freitag veröffentlichen, ertrachte mir ein warmes Dankeschreiben mit der gleichzeitigen Einladung zur geistigen Promiere, unterzeichnet von der Brief „Hilmpalastes“ Herrchenboerstraße 10.

Neue Wein- u. Mostfässer

25, 30, 35, 40, 45, 50, 55, 60, 65, 70, 75, 80, 85, 90, 95, 100, 105, 110, 115, 120, 125, 130, 135, 140, 145, 150.

Seite 3 - ...





erfehr  
markt  
22. 1. 1933  
Kleinanzeigen  
1-10  
11-20  
21-30  
31-40  
41-50  
51-60  
61-70  
71-80  
81-90  
91-100  
101-110  
111-120  
121-130  
131-140  
141-150  
151-160  
161-170  
171-180  
181-190  
191-200  
201-210  
211-220  
221-230  
231-240  
241-250  
251-260  
261-270  
271-280  
281-290  
291-300  
301-310  
311-320  
321-330  
331-340  
341-350  
351-360  
361-370  
371-380  
381-390  
391-400  
401-410  
411-420  
421-430  
431-440  
441-450  
451-460  
461-470  
471-480  
481-490  
491-500  
501-510  
511-520  
521-530  
531-540  
541-550  
551-560  
561-570  
571-580  
581-590  
591-600  
601-610  
611-620  
621-630  
631-640  
641-650  
651-660  
661-670  
671-680  
681-690  
691-700  
701-710  
711-720  
721-730  
731-740  
741-750  
751-760  
761-770  
771-780  
781-790  
791-800  
801-810  
811-820  
821-830  
831-840  
841-850  
851-860  
861-870  
871-880  
881-890  
891-900  
901-910  
911-920  
921-930  
931-940  
941-950  
951-960  
961-970  
971-980  
981-990  
991-1000



# Der deutsche Arbeiter



Sonderbeilage der NSD., Gau Württemberg

## Wer erhält Arbeitsbeschaffungs-Darlehen?

**Die Bedingungen:**  
Vollwirtschaftlich wertvolle Arbeit, mögliche Gewinne für Unternehmer, Einstellung linderlicher und langfristiger Erwerbsloser, Bevorratung Angehöriger der SA, SS, und des Stahlheims.

Die Durchführungsbestimmungen der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen auf Grund des Gesetzes zur Verminderung der Arbeitslosigkeit, die der Reichsminister der Finanzen am 28. Juni verordnet hat, sind nunmehr veröffentlicht worden.

Der Paragraph 2 regelt die Bedingungen für die Gewährung von Darlehen oder Zuschüssen. Die Arbeit muß, so heißt es dort, vollwirtschaftlich wertvoll sein. Sie muß nach der Bewilligung des Darlehens oder Zuschusses unverzüglich begonnen und möglichst bis zum 1. Juli 1934 beendet werden. Jede Arbeit muß grundsätzlich vergeben werden. Generalunternehmer sind grundsätzlich auszuschließen. Der Gewinn des Unternehmers, an den die Arbeit vergeben werden soll, muß sich inmäßigen Grenzen halten. Ungerechtfertigten Preissteigerungen ist entgegenzutreten. Die Arbeit ist durch menschliche Arbeitskraft auszuführen, soweit nicht maschinelle Hilfsmittel unerlässlich sind, und soweit durch die Beschränkung auf menschliche Arbeitskraft nicht eine unerschwinglich hohe Verteuerung der Arbeit eintritt. Wenn geeignete inländische Baustoffe vorhanden sind, dürfen außerbestimmte Baustoffe nicht verwendet werden.

Die Arbeiten dürfen nur an solche Unternehmer vergeben werden, die sich verpflichten, die Arbeitsstellen in ihrem Unternehmen bis zum 30. Juni 1934 höchstens 40 Stunden wöchentlich umfassen zu lassen. Bei den erforderlichen Neueinstellungen dürfen nur bisher Erwerbslose berücksichtigt werden, und zwar in erster Linie linderreiche Familienernährer und langfristige Erwerbslose, insbesondere solche, die der SS, SA oder dem Stahlheim und ihrer beruflichen Herkunft gemäß dem vorkommenden Berufszweig angehören. Mindestens 80 Prozent der eingestellten Erwerbslosen müssen Unterstützungsbewerber der Arbeitslosenversicherung, der Kreisfürsorge oder der öffentlichen Fürsorge sein.

Die Darlehen und Zuschüsse werden durch die Deutsche Gesellschaft für öffentliche Arbeiten, Berlin, gewährt.

Die Arbeit muß die durch den Kapitalaufwand entstehenden Zukunftslasten rechtfertigen. Es muß sich um eine Arbeit handeln, die in absehbarer Zeit aus eigener finanzieller Kraft des Trägers der Arbeit voranschreitlich nicht durchgeführt werden können. Es muß also zu faktischer Arbeit sein. Die Vergütung der Arbeiter hat in der Regel auf der Grundlage der Vergütungsordnung für Bauleistungen oder nach den allgemeinen Bedingungen für die Ausführung von Leistungen zu erfolgen. Bei der Vergütung soll der Träger der Arbeit die mittleren und kleineren Betriebe weitgehend berücksichtigen. Unter den eingestellten Erwerbslosen dürfen sich nicht solche befinden, die in anderer, besonders in landwirtschaftlicher Arbeit verwendet werden können. Die Laufzeit der Darlehen darf im allgemeinen 20 Jahre nicht überschreiten.

Im letzten Abschnitt der Durchführungsbestimmungen (§§ 29-30) werden ausführliche Bestimmungen über die Bedarfsdeckungsbescheinigungen erlassen. Die Scheine werden über je 25 RM. ausgeben. Sie lauten auf Namen und sind nicht übertragbar. Bedarfsdeckungsbescheinigungen sind Anfordrungen auf Gewährung von solchen sind nicht pfändbar. Die Verwendung von Bedarfsdeckungsbescheinigungen im Verkehr als Ersatz für das vom Reich, von der Deutschen Rentenbank oder einer Privatnotenbank ausgegebene Geld ist verboten.

## Die Arbeiterin und ihr Verband

Das Verhältnis der deutschen Arbeiterin zu den früheren Gewerkschaften ist trotz aller gegenteiligen Versicherungen nie ein besonders gutes gewesen. In engem Kreise wurde häufig über die Passivität und Interessenlosigkeit der weiblichen Gewerkschafts-Mitglieder Klage geführt. Das erscheint sonderbar, wenn man bedenkt, ein wie großer Apparat zur Werbung der Interessen der Arbeiterin in Bewegung gesetzt wurde. Die inländischen und internationalen Arbeiterinnen-Sekretariate, Kommissionen und Ausschüsse arbeiteten fleißig und verständig an der Sache.

Aber die Leistung entsprach nicht dem Aufwand. Es konnte auch wohl nicht anders sein,

denn jeder Reformvorschlag stieß auf den Widerstand der im Schlepplan der SPD. befindlichen obersten Gewerkschaftsführung. Man hatte ja gar kein Interesse daran, daß es der Arbeiterin besser ging, denn man brauchte ihre Unzufriedenheit für politische Zwecke.

Was sollte aus den Nutznießern des Klassenkampfes werden, wenn man nicht immer wieder den Reich der Beschäftigten aufstacheln und dem Arbeiter die zunehmende Vereindung seines Standes vor Augen halten konnte? Man sagt ihm ja nicht, daß seine Rechtslosigkeit und Ohnmacht nur auf die Unfähigkeit der Leute zurückzuführen war, die sich seine „Führer“ nannten.

Eben weil diese Unruhe nachgehalten werden sollte, wurden alle Reformen verhindert und alle Einrichtungen der Unternehmer bekämpft, die dem Arbeiter eine Erleichterung gewähren konnten.

Dah unter diesen Umständen selbst die marxistisch eingestellte Arbeiterin nicht allzuviel von den Gewerkschaften wissen wollte, ist nur natürlich, denn für die gesunde, normal empfindende Frau ist der Klassenkampf etwas Unheimliches; sie will nicht zerfahren, sondern gepflegt und erhalten, und selbst die verheiratete Proletarierin verliert immer noch, ihre Familie zusammenzuhalten, auch wenn es ihr durch aufgezwungene Fabrikarbeit schwer genug gemacht wird.

Die durch den 1. Mai eingeleitete Umstellung der Gewerkschaften hat die volksverderbenden Tendenzen aus den Arbeiterverbänden hinweggeführt. Die entscheidende Wendung zur Volksgemeinschaft aller schaffenden deutschen Menschen gibt auch der Arbeiterin den Weg frei, mit ihrer besonderen Fähigkeit an der Schöpfung eines neuen Arbeiteriums mitzuwirken. Wenn auch die Berufsarbeit der weib-

lichen Mitglieder der Arbeiterverbände im allgemeinen der ihrer männlichen Kameraden ähnlich oder sogar gleich ist, so soll die Beteiligung der deutschen Arbeiterin in ihrer Berufsorganisation im Gegensatz zu früheren Zeiten gewidmet sein. Wird diese Aufgabe richtig angefaßt, so wird die bisherige Passivität der Frauen sich sehr schnell verlieren.

Man könnte vielleicht den Einwand erheben, daß eine stärkere Mitarbeit bei den Arbeiterverbänden die Frauen ihren häuslichen Pflichten entziehen könnte. Das braucht aber keineswegs der Fall zu sein. Es ist selbstverständlich, daß man eine verheiratete Arbeiterin, die mehrere Kinder zu versorgen hat, nicht mit Berufsaufstellungen, Schulungsabenden oder ähnlichem belasten wird. Ueberhaupt wird ja die Beteiligung der Frauen eine möglichst freiwillige sein müssen, wenn überhaupt ein Erfolg erzielt werden soll. Anders liegt der Fall natürlich bei den Jungarbeiterinnen, deren kulturelle und vor allem hauswirtschaftliche Schulung eine dringende Notwendigkeit ist; gerade hier wird es aber nicht schwer sein, das Interesse für spezifisch weibliche Aufgaben zu wecken, da erfahrungsgemäß die Fabrikarbeit auf die Frau depressiver und aufreizender wirkt als auf den Mann, wenn nicht durch andere geeignete Betätigung in einem Teil der Freistunden ein Gegengewicht geschaffen wird. Die heute vielfach übliche Erholung durch oberflächliche Vergnügungen ist weder der weiblichen Psyche noch der Volksgesundheit im allgemeinen zuträglich. Darüber hinaus wird aber nicht nur die Fortbildung, sondern auch die Pleiere bereits erworbener Kenntnisse und Fähigkeit vernachlässigt.

R. Kauer  
Amt für Frauensachen.

## Warum mußte der Marxismus zusammenbrechen?

In der Unterhaltung über die Inbeständigkeit der Gewerkschaftsführung durch die NSD., über die reflexlose Kundgebung aller marxistischen Mandatsträger in den Parlamenten kann man von sonst recht intelligenten Arbeiter immer wieder den Einwurf hören: „Dürfen wir die marxistischen Parteien nicht gehabt, dann wäre es uns in den letzten 40 Jahren noch viel schlechter gegangen, als es ohnehin der Fall war.“

So bitter das sein mag, so müssen wir doch die Wichtigkeit dieses Einwurfs zugeben, insofern wenigstens, als es leider bis zum Eintritt der Nationalsozialisten in die Parlamente keine einzige der nichtmarxistischen Parteien gab, die sich jemals ernsthaft für die Interessen der Lohn- und Gehaltsempfänger — also der Arbeiterschaft — eingesetzt hätte.

Es waren vielmehr recht eifrig befreit, dem Hinausdrängen des Arbeiters aus dem proletarischen Elendzustand alle nur erdenklichen Hemmnisse in den Weg zu stellen. Diese sogenannten bürgerlichen Parteien, oder vielmehr die hinter ihnen stehenden Interessengruppen waren die Wegbereiter dafür, daß die zersetzende Idee vom Klassenkampf nicht Utopie eines Karl Marx blieb, sondern daß sie ihre grausenhafte Wirkung auf den deutschen Volkstörper ausüben konnte.

Es wird eine der ehrenvollsten Aufgaben für unsere Wirtschaftsführer sein, dieses traurigste Kapitel im Buch deutscher Zerrissenheit bis auf den letzten Buchstaben auszulöschen.

Prüfen wir nun, inwieweit der Einwurf richtig ist, daß es den Arbeitern ohne marxistische Parteien noch schlechter gegangen wäre, so können wir dem auf keinen Fall zustimmen. Abgesehen von den sanftmütigen Blinden gibt es wohl keinen vernünftigen Arbeiter in Deutschland, der nicht zugeben müßte, daß all das, was sich die Arbeiterschaft in ihren Berufsverbänden geschaffen hatte, wahrheitsgemäß schon vollständig vernichtet wäre, wenn nicht der Nationalsozialismus gerade noch im letzten Augenblick schützend eingegriffen wäre.

Und es wird auch wohl keinen Gewerkschaftler geben, der heute nicht erkennt, welcher Fehler es war, die Gewerkschaften bedingungslos den marxistischen Parteiklassen zu überlassen. Wir könnten es uns sehr bequem machen, indem wir einfach sagen: „Der katastrophale Zusammenbruch alles dessen, was siegestill für die Arbeiterschaft wertvoll ist, beweist, daß die marxistische Politik falsch ist.“

Wir wollen aber doch an einigen Beispielen den Nachweis bringen, daß der Marxismus bewußt nicht gegen die Interessen der Arbeiterschaft eingestellt war und darnach behandelt hat.

Man braucht nur darauf hinzuweisen, daß die Sozialdemokratie von Beginn an die sozialpolitische Gesetzgebung bekämpfte. Sie hat vor dem Kriege jeden Antrag zur Sozialversicherung konsequent abgelehnt. Dem mittrauischen Arbeiter erklärte man, die Sozial-

gen seien ungenügend, man wolle alles oder gar nichts!

Die Sozialdemokratie hat von der ersten Minute an die in der „Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“ (nach dem Kriege „Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund“) zusammengeschlossenen Berufsverbände bekämpft. In den Parteitagsprotokollen sind die heftigsten Angriffe gegen die Gewerkschaften zu finden. Warum diese Gegnerschaft? Sehr einfach! Das ursprüngliche Bestreben der Gewerkschaften war: Bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen. Eine Partei, wie die Sozialdemokratie, deren Ziel die Diktatur des Proletariats war, mußte verhindern, daß der Arbeiter aus den Niederungen des Proletariats herauskam.

Ein anderes Beispiel. Die Munitionsstreiks während des Krieges. Wer lag denn draußen in den Schützengräben? Doch nicht die „Bourgeoisie“! Die war doch unablöslich zu Hause und fabrizierte und lieferte und sigarettierte aus Seegras und Fettersag aus Sülze. Die Munitionsstreiks haben die deutschen Soldaten in den Schützengräben wehrlos gemacht und Tausende von ihnen — wohlgemeint, es waren schaffende deutsche Arbeiter — haben dadurch ihr Leben verloren. Es war das schrecklichste Verbrechen des Marxismus am deutschen Arbeiter. Denn nicht die Gewerkschaften haben diese Streiks entfacht, sondern marxistische Parteiführer.

Wer hat tätigen Anteil an der Ausplünderung der deutschen Betriebe durch die Inflation gehabt? Die Marxisten sind es gewesen — wenn ist der Name Hilferding nicht bekannt? Und wer hat die bitterste Not aus diesem Pregel zu tragen gehabt, als in erster Linie der Arbeiter?

Ist heute noch ein Arbeiter so verriekt, zu glauben, daß der Dawes-Plan von den Marxisten gefördert worden sei, um dem deutschen Arbeiter zu helfen? Das muß doch der Dummste begreifen, daß dies der freihändige Verkauf der deutschen Unternehmungen mit samt den dazugehörigen Arbeitern an den internationalen Kapitalismus war.

Die Eindrücke, die der von den Marxisten propagierte Young-Plan auf die Lebenshaltung des deutschen Volkes hervorgerufen hat, sind heute noch so spürbar, daß man darüber wohl keine Worte mehr zu verlieren braucht.

Daß die Verderber des deutschen Volkes nach all den Verbrechen nun im Ausland sitzen und in der niederträchtigen Weise gegen die deutsche Arbeiterschaft Boykotte ansetzen, ist der sinnfällige Beweis dafür, wie verhaßt dem Marxismus allein schon der Gedanke ist, sie könnte durch die nunmehr hergestellte und von ihr so lang und so heiß ersehnte Geschlossenheit nach oben kommen.

Wißt man so die nunmehr drohende Folge der marxistischen Klimate auf den deutschen Arbeiter am Auge vorübergeleitet,

## Die Jugendherbergen für die Deutsche Arbeitsfront frei

Nach Uebernahme der Macht in den gesamten Gewerkschaften und nach Eingliederung der Jugend der Deutschen Arbeitsfront in die neuen Formen werden die bisher in den letzten Monaten für die marxistischen Gewerkschaften gesperrten Jugendherbergen des Reichsverbandes für Deutsche Jugendherbergen wieder freigegeben. Die Jugend der Deutschen Arbeitsfront kann, soweit die Gruppen bereits unter nationalsozialistischer Führung stehen, diese Jugendherbergen wieder besuchen. Die alten Führerausweise werden hiermit für die gesamten Führer der alten Gewerkschaftsjugend und Angestelltenverbände für ungültig erklärt. Die Gruppen, die unter nationalsozialistischer Führung stehen, bekommen kostenlos die neuen Führerausweise durch die Ortsgruppen des Jugendherbergsverbandes ausgestellt, falls sie bis zum 31. Oktober d. J. einen Antrag bei der zuständigen Ortsgruppe des Jugendherbergsverbandes stellen. Diesem Antrag ist in jedem Falle eine Bescheinigung beizulegen, in der die Jugendstelle der Deutschen Arbeitsfront oder, falls keine Jugendstelle der Deutschen Arbeitsfront dort besteht, ausfallweise die Nationalsozialistische Betriebszellen-Organisation bescheinigt, daß die betreffenden Jugendführer von der neuen nationalsozialistischen Führung der Deutschen Arbeitsfront eingeleitet oder anerkannt worden sind. In Zweifelsfällen entscheidet das Jugendamt der Deutschen Arbeitsfront, Berlin SO, Märkisches Ufer 14.

Die Deutsche Arbeiterjugend, bisher zusammengeschlossen in den marxistischen Gewerkschaften und erlogen in marxistischem Geist, wurde im alten Staate gezwungen, in den Reichskasernen und auf den dunklen Oden der Großstadt zu bleiben, ohne Licht und Sonne. Dieser Teil der deutschen Jugend soll im neuen Deutschland ihr Vaterland kennen lernen, das Vaterland, von dem gerade ihr gepredigt wurde, daß es für sie nicht existiere. Wir glauben, daß die bisher marxistisch geführte deutsche Arbeiterjugend und die Angestelltenjugend, wenn sie Deutschland kennen lernen, wenn sie gewandert hat, von Ost- und Nordsee bis zu den Alpen und vom Rhein bis nach Dänemark, nie wieder empfindlich sein wird für marxistisch vaterlandsverräterische Bestrebungen.

Berlin, den 4. Juli 1933.

Die Deutsche Arbeitsfront, Jugendamt  
(Ges.) Heinz Otto,  
Vetter des Jugendamtes.  
Reichsverband für Deutsche Jugendherbergen  
(Ges.) Rodaß,  
Kommissar d. Jugendb. d. Deutschen Reiches

## Jugendherberge Oberndorf a. N. aufgehoben

Die Jugendherberge in Oberndorf a. N., die bisher in dem Neckarheim der Mauerwerke untergebracht war, wurde, wie uns der Gau Schwaben (Tübingen) mitteilt, mit sofortiger Wirkung aufgehoben, da die Räume für andere Zwecke benötigt werden. Es ist zu hoffen, daß mit Hilfe der Stadtgemeinde recht bald eine zweckmäßige Jugendherberge in anderen Räumen eröffnet werden kann.

so taucht dann doch die Frage auf, wann hat denn nun eigentlich die Sozialdemokratie irgend etwas für den Arbeiter Günstiges unternommen? Und es findet sich nirgends ein Anhaltspunkt.

Oder sollte vielleicht darin die Hilfsbereitschaft liegen, daß der Marxismus alle Menschen gleich hoch oder gleich niedrig einschätzte? Für einen Zufälligen, einen Einbrecher, für einen geistig Minderwertigen oder vielleicht gar für einen Kriminellen oder Barmat eine durchaus schätzenswerte Angelegenheit. Aber für einen arktischen Menschen nicht tragbar. Und man muß sich sehr wundern, daß deutsche Qualitätsarbeiter auf solchen Reim gekrochen sind.

Aber alles in allem stellen wir fest: Die deutsche Arbeiterschaft hat instinktiv im Marxismus seinen Todfeind gewittert. Das geht daraus hervor, daß er trotz aller organisatorischer Bindungen so reißlos zusammengebrochen ist. Er mußte zusammenbrechen, weil er nicht für den Arbeiter war, sondern ihn nur als Mittel zum Zweck benutzte.

Adolf Hitler aber lehrte uns, daß kein Volk bestehen kann, das im Arbeiter etwas Minderwertiges, gemittelmäßiges ein notwendiges Übel sieht, ihm ist sein höchstes Ziel, die Arbeiterseele für den deutschen Sozialismus zu gewinnen.

Nur das Volk wird unüberwindlich sein, das die Arbeit achtet und den Arbeiter ehrt. Wer nicht für den Arbeiter ist, der ist gegen ihn, darum mußte der Marxismus zerbrechen; das Dritte Reich aber wird dauernd bleiben, denn es wird das Reich der Arbeit sein!



